

I-AEP-ENG-FS-ROT-PL2/ CH-8048 Zürich

Digital eingereicht

Bundesamt für Verkehr
Infrastruktur
Bewilligungen
3003 Bern

Zürich, 31.05.2025

Eisenbahnrechtliche Plangenehmigung
Ordentliches Verfahren ohne Enteignung auf interoperables Hauptnetz
ISP-Nummer: 1164803, Fahrstromerneuerung Ost 710 ZUE SK Etappe B, TP Dietikon
Plangenehmigungsgesuch
Kantone: Zürich
Gemeinden: Dietikon

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SBB Infrastruktur, Ausbau- und Erneuerungsprojekte, stellt Ihnen folgendes Plangenehmigungsgesuch:

A N T R A G :

1. Es sei, gestützt auf Art.18 Abs.1, Abs.2 lit.a und Abs.3 des Eisenbahngesetzes (EBG, SR 742.101) das Projekt «FsE O 710 ZUE SK Etappe B, TP Dietikon» zu genehmigen.
2. In verfahrensrechtlicher Hinsicht sei das ordentliche Plangenehmigungsverfahren festzulegen.
3. Es ist keine Ausnahmegewilligung erforderlich.

B E G R Ü N D U N G:**A. Bauvorhaben**

Hauptsächlich sind Arbeiten an der Fahrleitungsanlage geplant.

Ungefähr in der Mitte der beiden Unterwerken Killwangen-Spreitenbach und Zürich befindet sich der Leistungsschaltposten Dietikon. Dieser macht speise technisch die Trennung der beiden Unterwerke im Störfall, standardmässig sind die Beiden Unterwerke über diesen verbunden. Im Störfall bietet der bestehende Leistungsschaltposten keine Prüfmöglichkeit, was die zur Verfügung stehenden Fahrstrassen verhindert mangels Prüfmöglichkeit.

Im neuen Fahrstrom-Speisekonzept soll diese Trennung der Unterwerke bestehen bleiben aber mit einer Prüfmöglichkeit ausgerüstet sein, was die Verfügbarkeit der Fahrstrassen erhöht. Ferner soll die ganze Schaltanlage so aufgebaut sein, dass ein Unterhalt möglich ist, ohne einen Einfluss auf den Bahnverkehr auszuüben. Um dies zu erreichen, wird in Dietikon das Linienkonzept der Fahrstromversorgung umgesetzt.

Für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Unterlagen im Plangenehmigungsdossier.

B. Rechtliches

1. Nach Art.18 Abs.1 EBG dürfen Bauten und Anlagen, die ganz oder überwiegend dem Bau und Betrieb einer Eisenbahn dienen, nur mit einer Plangenehmigung erstellt und geändert werden. Genehmigungsbehörde ist gemäss Art.18 Abs.2 lit.a EBG das Bundesamt für Verkehr.
2. Das ordentliche Plangenehmigungsverfahren wird angewendet, soweit nicht die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren vorliegen (Art.18i EBG), was hier nicht der Fall ist.
3. Die Unterlagen **f, h, j, l, m, n und o**, die gemäss Art. 3 Abs. 2 VPVE dem Plangenehmigungsgesuch beizulegen wären, sind im vorliegenden Plandossier nicht vorhanden, weil
 - f. Längenprofile;
weil: An der Gleisanlage wird keine Änderung vorgenommen.
 - h. massgebende Lichtraumprofile;
weil: Sind in den Fahrleitungsquerprofilen dargestellt, sowie im technischen Bericht erwähnt.
 - j. Gesuche um Bewilligungen für Abweichungen von Vorschriften der EBV und der AB-EBV (Art. 5 EBV) und um Genehmigungen im Einzelfall von in diesen Vorschriften vorgesehenen, unter gewissen Bedingungen möglichen Abweichungen;
weil: Es sind keine Abweichungen von EBV und der AB-EBV vorgesehen.
 - l. Sicherheitsbewertungsberichte;
weil: Im Projekt keine signifikanten Änderungen vorhanden.
 - m. Prüfberichte Sachverständiger mit Stellungnahme der Gesuchstellerin zur Umsetzung der Prüfergebnisse;
weil: Es sind keine besonderen Nachweise erforderlich.
 - n. Umweltverträglichkeitsbericht; (bei Projekten, die der UVP-Pflicht unterstehen)
oder Umweltbericht (bei Projekten, die nicht der UVP-Pflicht unterstehen);
weil: Ist im technischen Bericht integriert.
 - o. Angaben über den Bedarf an Grundstücken, anderen dinglichen Rechten und Dienstbarkeiten sowie über die vorgesehene Erwerbsart und den Stand der Verhandlungen;
weil: Die Realisierung des Bauvorhabens erfolgt ausschliesslich auf Grundstücken der SBB.

4. Interoperabilität

Es handelt sich um ein Vorhaben auf dem interoperablen Hauptnetz. Es sind die folgenden Teilsysteme betroffen:

Infrastruktur:

- Es handelt sich um eine Erneuerung. Es finden umfangreiche Arbeiten zum Austausch des Teilsystems oder eines Teils davon statt. Die Gesamtleistung des Teilsystems verändert sich nicht. Es werden keine Ausnahmegewilligungen zur AB-EBV beantragt. Die SBB bestätigen hiermit die Konformität mit TSI und NNTV im Teilsystem.

Energie:

- Es handelt sich um eine Erneuerung. Es finden umfangreiche Arbeiten zum Austausch des Teilsystems oder eines Teils davon statt. Die Gesamtleistung des Teilsystems verändert sich nicht. Es werden keine Ausnahmegewilligungen zur AB-EBV beantragt. Die SBB bestätigen hiermit die Konformität mit TSI und NNTV im Teilsystem.

CCS:

- Das Teilsystem ist im Projekt nicht betroffen.

Die Unterlagen a, b, c, die gemäss Art.3 Abs.3 VPVE für Vorhaben auf interoperablen Strecken (Art. 15a Abs. 1 lit. a EBV) zusätzlich zu den Unterlagen nach Art. 3 Abs. 2 VPVE dem Plange-nehmungsgesuch beizulegen wären, sind im vorliegenden Plandossier nicht vorhanden:

- a. alle weiteren, den unabhängigen Prüfstellen (Art. 15r und 15t EBV) für deren Prüfungen vorgelegten Unterlagen;
weil: Das BAV und die unabhängigen Prüfstellen verfügen über identische Unterlagen.
- b. bei Beteiligung einer benannten Stelle (Art. 15r EBV): die EG-Prüferklärung, alle EG-Prüfbescheinigungen und technischen Dossiers der beauftragten unabhängigen Prüf-stellen über die Planung bis zur Gesuchseinreichung;
weil: Es findet keine Prüfung durch eine benannte Stelle statt.
- c. Gesuche um Bewilligungen für Abweichungen von der TSI (Art. 15e EBV);
weil: es werden keine Abweichungen beantragt.

5. Die Realisierung des Bauvorhabens erfolgt ausschliesslich auf Grundstücken der SBB. Ein Rechtserwerb von Dritten ist nicht erforderlich, weder in Form einer vorübergehenden Beanspru-chung (während der Bauzeit) noch in Form eines definitiven Land- und Rechtserwerbs (Landab-tretung, Dienstbarkeiten).
6. Gemäss Art.18c EBG werden vor der öffentlichen Auflage des Gesuchs die durch das geplante Werk bedingten Veränderungen im Gelände ausgesteckt und die Hochbauten durch Aufstellen von Profilen kenntlich gemacht. Zwecks zeitlicher Koordination der Aussteckung resp. Profilie-rung des vorliegenden Bauvorhabens mit der öffentlichen Auflage werden sich die SBB direkt mit der für die Publikation zuständigen kantonalen Behörde in Verbindung setzen.
7. Es ist keine Ausnahmegewilligung erforderlich.

C. Ansprechpartner der SBB

Bei der eingereichten Planvorlage handelt es sich um ein Projekt der Region Ost. Wir bitten Sie höflichst, sämtliche Korrespondenz während des Plangenehmigungsverfahrens an folgende Adresse zu richten:

Schweizerische Bundesbahnen SBB
Infrastruktur Ausbau- und Erneuerungsprojekte
Engineering Fahrstrom
Reto Brehm
Vulkanplatz 11
8048 Zürich

Für projektspezifische und technische Fragen steht Ihnen Reto Brehm, I-AEP-ENG-FS-ROT-PL2/ (Tel. 079 223 20 86, E-Mail reto.brehm@sbb.ch) und für allfällige rechtliche Fragen Michel Clerc, K-RC-I-BAU (Tel. 079 503 79 56) zur Verfügung.

Gestützt auf die obenstehenden Ausführungen sowie das beigelegte Projektdossier ersuchen wir Sie, nach erfolgter Vollständigkeitsprüfung das eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren durchzuführen und das Bauvorhaben im Rahmen des ordentlichen Verfahrens zu genehmigen.

Bitte informieren Sie uns über den Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens. Wir werden dann das Projektdossier bei Bedarf des Kantons ihm als Papierversion senden und dieses auch an die betroffene/n Gemeinde/n versenden.

Sollte das Dossier nicht Ihren Vorstellungen entsprechen bzw. unvollständig sein, ersuchen wir Sie um sofortige Mitteilung. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
SBB Ausbau- und Erneuerungsprojekte
Engineering Fahrstrom

Zürich, 31.03.2025

Zürich, 31.03.2025

Vanessa Angst-Nicollier / Super User PGV

Reto Brehm / Projektverfasser

Beilagen

- Unterlagen gemäss Inhaltsverzeichnis

Kopie z.K. (ohne Beilagen, per E-Mail):

- K-RC-I-BAU michel.clerc@sbb.ch
- I-AEP-PJM-ROT-T2 vanessa.angst-nicollier@sbb.ch
- I-AEP-PJM-PNM-ROT-PO denise.engel@sbb.ch